INFO

BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 125

27.9.76 WÖCHENTLICH 3. JHG. 0.50 WB/0.70 BRD

INFO MACHT SCHLAU,
INFO MACHT FREI!
MIT 50 PFENNICH BISTE DABEI!
KANN AUCH MEHR SEIN

BfG Konto: Rep. Club Nr. 1004704306

RATESPIEL 223

ZUR EINLEITUNG:

Die Leute, die sonst das Info machen, hatten für diese Nr. die Schnauze voll + sind mal ne Woche weggefahren.

WARUM?

a. Im Info isses zunkalt.
b. Jede Woche hält das kein Schwein aus.
c. Wird ja ohnehin jede Woche hinterrücks beschlagnahmt.
d. oder aber eins von beiden.

KRÄHENFÜSSE

Trotzdem erscheint dieses Info.
WARUM?

a. schwer zu sagen
b. tja
c. um der Info-Red. einmal zu zeigen, daß sie sowohl ersetz- als auch austauschbar is.

Deshalb machen wir jetzt dieses eine Info.
WOZU?

a. weil es im Info schön kühl is.
b. einmal is keinmal
c. damit die Bullen was zu tun haben
d. oder warum?

Wer sind wir eigentlich?

a. coole Leute.
b. schwer zu sagen.
c. Leute, die diese Woche das Info machen.
d. eine spontan + adhoc sich zusammengefunden habende + somit aktiv gewordene, der Sympathisantenscene zuzuordnende Gruppe "Autonome Initiative Info" (AII).

Was kommt dabei heraus?

a. das Info
b. Schnupfen und Grippe
c. einige interessante Fragen, z.B.: Wer gibt uns das Recht dazu? Haben wir das nicht gut gemacht? Wer macht das nexte Info? Wer fährt als nexter in Urlaub?

Unsere Diskussionsvorschläge bis zu nächsten Info:

1. friedlicher Putsch oder kalter Krieg? Geht dabei insbesondere auf die Situation im Info ein!
2. Info: Fluch oder Segen?
3. Die integrale Differenziation der manipulativen Methodik, gesehen im Gesamtzusammenhang mit dem antiimperialistischen Befreiungskampf der unterdrückten Völker in der westlichen, östlichen, südlichen und nicht zuletzt nördlichen Hemispäre und ihre endliche Auswirkung auf die finnische Seenplatte.

WIR WERDEN SEHEN!

ZUR BUNDESTAGSWAHL '76

Nachdem unter vielen Zeremonien endlich der Amtsstab übergeben ist, wird ein Stuhl gebracht. Dieser Stuhl ist niedrig. Er ist aus bastartigem Holz gefertigt und erscheint wie Flechtwerk. Der Sitz jedoch ist ausgehöhlt, in der Größe des Gesäßes. Unter Lachen und fröhlichen Scherzen und derben Witzen der Männer, die in Mengen der Zeremonie beiwohnen, streift der neue Häuptling nun seine weißen Baumwollhosen halb herunter und setzt sich mit demunbekleideten Gesäß in die Öffnung des Stuhles. Er trägt den Ebenholzstab mit dem silbernen Knopf, den Amtsstab, im rechten Arm, und er sitzt nun würdevoll auf dem Stuhl, das Gesicht allen Männern der Nation, die vor ihm stehen, zugekehrt. Er sitzt da, so ernst und majestätisch, als wolle er seine erste feierliche Amtshandlung beginnen. Das Scherzen und Lachen der umstehenden Männer verstummt nun für eine Weile. Es macht den Eindruck, als wollten sie alle in Andacht den ersten bedeutenden Worten ihres neuen Häuptlings zuhören.

Aber nunmehr kommen drei Männer herbei, die zu dieser Feier von jenem Stamm hergeschickt wurden, der im folgenden Jahr den Caciquen zu wählen hat. Diese Männer tragen einen irdenen Topf, in dessen Seiten zahlreiche Zuglöcher eingebohrt sind. Der Topf ist mit glühenden Holzkohlen gefüllt, die infolge jener Zuglöcher tüchtig am Glühen bleiben.

Mit einer gereimten Rede in indianischer Sprache erklärt der Mann, was der Zweck der Handlung sei, die er jetzt vornähme. Wenn er seine Rede beendet hat, stellt er den Topf mit den glühenden Holzkohlen unter das unbekleidete Gesäß des neuen Häuptlings.

In der Rede hat der Mann gesagt, daß dieses Feuer unter dem Hintern des Häuptlings, der würdig auf seinem Amtssessel sitze, ihn daran erinnern möge, daß er nicht auf diesem Stuhl sitze, um sich auszuruhen, sondern um für das Volk zu arbeiten, er soll lebendig bleiben, selbst wenn er auf dem Amtssessel sitze; ferner solle er nicht vergessen, wer ihm das Feuer unter den Hintern gelegt habe. Es habe ihm der Stamm das Feuer unterlegt, der im nächsten Jahr den Häuptling stelle, und es sei geschehen, um ihn schon heute daran zu erinnern, daß er kein Kleber werden möge, daß er das Amt aufzugeben habe, sobald seine Zeit abgelaufen sei, um lebenslängliche Herrschaft und Diktatur, die dem Gedeihen eines Volkes schädlich sei, zu verhindern. Sollte er dennoch klebenbleiben wollen, dann würde man ihm ein Feuer unter den Hintern legen, groß genug und lange genug, daß weder von ihm noch von dem Sessel etwas übrigbleiben werde.

Sobald der Topf mit den glühenden Holzkohlen untergestellt ist, werden gereimte Sprüche aufgesagt, von je einem Manne aus dem Stamme, dessen Erwählter jetzt zurücktritt, einem Manne aus dem Stamme, der im nächsten Jahr den Jefe erwählt, und einem Manne aus dem Stamme des neu eingesetzten Caciquen.

Solange diese Sprüche nicht beendet sind, darf sich der neue Häuptling von seinem Sitz nicht erheben.

Es hängt von seiner Beliebtheit oder Unbeliebtheit als Volksgenosse ab, ob die Männer, die jene Sprüche aufsagen, die Reime langsam und bedächtig heruntersingen oder mit einer solchen Eile, wie gerade noch zulässig ist, um nicht die Absicht ganz offen zu verraten. Wenn es dem Manne, der seinen Spruch zuletzt aufsagt, so erschienen ist, als hätten die beiden Männer, die vor ihm sprachen, zu schnell geredet, so kann er den angerichteten Schaden durch verdoppelte Langsamkeit in seiner Rede reichlich wieder wett machen.

Die Kohlen sind nun auch so ziemlich verglüht. Langsam erhebt sich der Häuptling. Aber das Eis, von dem er sprach, ist nicht so ganz unschuldig. Die Haut hat heftige Blasen gezogen, und an mehreren Stellen ist reichlich gebrannte Kruste, die man weit genug riechen kann. Ein Freund kommt herzu, reibt ihm das Gesäß mit Öl ein und legt dann einen Verband mit weichgequetschten Blättern über, während ein anderer ihm große Gläser Tequila einschenkt.

WAHLKAMPF

Wochenlang vergißt der neue Häuptling nicht, was er unter seinem Sitz hatte. Das hilft ihm in den ersten Monaten seiner Amtszeit beträchtlich darin, das Amt so zu führen, wie es von der Nation bei seiner Wahl erwartet wurde.

In beinahe allen Fällen bleiben genug Narben auf jenem abgelegenen Körperteil zurück, daß er nicht nur bis in sein höchstes Alter hinein durch ein unverwüstliches Dokument beweisen kann, einmal die Ehre gehabt zu haben, Häuptling in seiner Nation gewesen zu sein, sondern auch, daß er nicht daran denkt, sich gegen die Sitten seines Volkes ein zweitesmal zu diesem Amt wählen zu lassen.

Es wäre den Proletariern wohl ernsthaft zu raten, jene gut ausgeprobten indianischen Wahlmethoden anzuwenden, insbesondere gegenüber den Beamten ihrer gewerkschaftlichen und ihrer politischen Organisationen. Nicht nur in Rußland, wo es am nötigsten ist, sondern auch in allen übrigen europäischen Ländern, wo Marx und Lenin zu Säulenheiligen erklärt wurden, könnten kämpfende Proletarier bei weitem sicherer ihnen nützliche Erfolge erzielen, wenn sie ihren Führern jährlich ein heftiges Feuer unter den Hintern legen würden. Kein Führer ist unersetzbar. Und je häufiger neue Führer auf einen glühenden Sessel gesetzt werden, um so lebendiger bleibt die Bewegung. Nur nicht zaghaft sein, Proletarier. Erst recht nicht sentimental.
(aus: „Regierung", Roman von B. Traven) Quelle: 10

WENN KOHL KOMMT

Steigen die Kurse vor allem für Aktien von Banken und Versicherungen. Denn die oft gestellten Forderungen nach staatlicher Kontrolle und Auflösung der zahlreichen Industriebeteiligungen hätten keine Chance. Zudem könnten die Sparer für den Kapitalmarkt mehr Zuversicht aufbringen und längere Laufzeiten bei Anleihen akzeptieren. ↑

↓Wenn Schmidt kommt

würden vor allem Verbraucher-Aktien steigen. Dazu zählen Warenhaus-Papiere wie Karstadt und Kaufhof, Rosenthal und Hutschenreuther, Aktien von Gerresheimer Glas, aber auch Girmes und Riedinger Jersey. Nach Rezession und Wahljahr könnten die Gewerkschaften mehr Lohnforderungen durchsetzen und dadurch den Konsum stimulieren.

(alles aus: "WIRTSCHAFTS-WOCHE")

DREI DICKE KÜSSE FÜR DIE Blatt-läuse von Christoph, Sabine und Gerhard!!!

MARIA FARANTOURI KONZERT

MARIA FARANTOURI oder wie das Kreuzberger Kulturamt Kultur begreift...

'ne Antwort auf die Informationen von Kristof Kämpfer...

Unsere Antwort könnte von Maria selbst geschrieben sein,da sie uns (griechische und deutsche undogmatische Linke)bat,die Vorgänge zu verfolgen und ihre Stellungnahme darzu - stellen.Wir geben deshalb noch einige Informationen dazu,weil wir bis zu einem bestimmten Punkt des Konzertes die Abläufe genau kannten und uns nach dem Konzert selbst hätten in den Arsch beissen können,weil wir(damit auch Maria) nicht spontan genug waren,zu kapieren,welch reaktionäre Kulturpolitik SPD/FDP auch hier betrieben.
Also:Kristof,was den Ablauf des Konzertes betrifft hast du ihn richtig geschildert;aber, was ist aus unserer Sicht passiert:Wir haben Maria nach Berlin geholt,nicht Ruckhaberle vom Bezirksamt Kreuzberg,weil wir glauben,dass es wichtiger ist,im Arbeiterviertel Kreuzberg zu singen als in der Philharmonie.Das war für Maria der Grund,um zu kommen.Unmittelbar vor dem Konzert kam Ruckhaberle zu Maria und meinte "dies ist keine politische Veranstaltung".Uns vielen die Ohren ab,wir wußten aber noch nicht,welche Motivation dahinter steht. Unsere Reaktion:"Diese Musik ist pol.Volks - musik,sie lässt sich nicht korrumpieren oder spalten."Deshalb sagte Maria am Mikro auf der Bühne(),dass dies für sie einpolitisches Konzert sei und nichts anderes.
Wir wußten auch,dass ein Transparent für Rolf Pohle vorhanden war,es war ne klare Sache für uns alle(incl.Maria),dass das Transparent gezeigt werden sollte - in einem Konzert mit pol Musik spielt die Gegenwart eine der Hauptrollen Wichtig ist,Kristofs Information zu ergänzen: Es war Ruckhaberle,der die Genossen mit dem Transparent als Faschisten bezeichnet hat,in diesem Sinne die "Genossen"vom türkischen Arbeiterchor der TKP(türkische komm.Partei)losschickteum die Genossen anzugreifen.
Genossen also,die aktuell und spontan ihre Meinung zeigen sind für SPD und FDP in Kreuzberg Faschisten.Wir waren solidarisch und aktionsbereit,machten zu diesem Zeitpunkt aber den entscheidenden Fehler,Maria Farantouri nicht über die Vorgänge zu informieren,da sie 1. kein Wort deutsch versteht,2.von den Fernsehscheinwerfern total geblendet war und die Organisatoren Ruckhaberle und Pietschker(Bürg. meister)das Konzert praktisch abbrachen,indem sie den türkischen Arbeiterchor auf die Bühne schickten,in Völkerverständigung machten und danach das Konzert für beendet erklärten,für alle 3 1/2 tausend Leute völlig unerwartet.
Wir haben in dieser Situation versagt,weil wir Maria nicht darüber informierten,was passiert war,um sc dem Ganzen die richtige Richtung zu geben.Denn sie fühlte,dass rechts von der Bühne etwas abgelaufen war,was von ihr eine Reaktion verlangte.Deshalb war sie nach dem Konzert unheimlich getroffen als sie von uns die Zusammenhänge erfuhr.Dann hätte sie direkt am Mikro folgendes gesagt - " Dies ist ein pol. Konzert.Die freie pol.Meinungsäußerung wird in diesem Konzert unterdrückt,die spontane,undogmatische Linke wird faschistisch genannt,von SPD/FDP werden"linke Gruppen "funktionalisiert und als Schläger organisiert.Ich sage,ich bin

für die Nichteinmischung der BRD in griech. Angelegenheiten,ich bin für das pol.Asyl von Rolf Pohle,ich habe mit anderen griech.Künstlern für ihn unterschrieben."
Dies bittere Gefühl der Nichtreaktion ist ein Teil unserer Selbstkritik,wir wissen jetzt,was man in Kreuzberg und anderswo unter Kultur - politik versteht,denn der Bürgermeister Pietschker hielt vor dem Konzert eine Rede voller Arroganz:"Ihr seid hier doch gar nicht eingeladen,wir brauchen Euch nicht...".Nach dem Konzert sagte er:"Diese Musik ist viel zu pol. für die Kreuzberger,die Leute hier muss man langsam angehen,damit sie keine Angst kriegen, wir wollen hier Kreuzberger und keine Linken, wir müssen an die Wahl denken".!!!Hört,Hört,da ist wieder der historische Kompromiss:

Mit den Reaktionären Hand in Hand
Geht die SPD/FDP durchs Land,
Verrät die linken Genossen,
Denkt,die Leute sind dumm,
Merkt Euch
Die SPD/FDP ist das Kleinbürgertum.

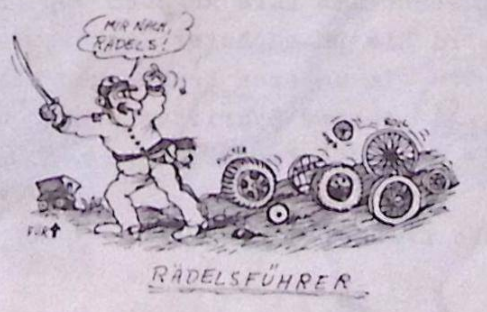
Und hier wieder mal ein

Ⓐ UFRUF!

Genossen(innen)!

Am nächsten Samstag,dem 2.Oktober 1976, findet mal wieder eine Provokation der Reaktion in dem Gebiet der Jaffestraße statt,und zwar diesmal von den "S"PD-Chaoten in der Eissporthalle. Motto des Blödsinns:"Weiterarbeiten am Modell Deutschland". Da wir Linken diese "Arbeit"(Berufsverbote,Zensurparagraphen 88a/130a,Verfassungsschutzgesetz, Verteidigerausschlußgesetz etc.)in aller Deutlichkeit erfahren haben,sollten wir diesen Berufsreaktionären eine deutliche Abfuhr erteilen. Der soziaaaaaaaldemokratische Dünnschiß läuft am 2. Oktober um 16 Uhr in der Eissporthalle Jaffestraße ab. (Ab 15 Uhr Musikprogramm.)Da der Eintritt unverschämterweise auch noch 1 Mark beträgt und das für so einen Quatsch viel zu teuer ist,sollten sich alle Genossen(innen)gegen 15.30 Uhr vor der Eissporthalle einfinden,um Protestdemonstrationen durchzuführen. (Es ist noch nichts vorbereitet,aber es wird sich an Ort und Stelle etwas geeignetes durchführen lassen). Heißen wir Willy und Helmut auf unsere herzliche Art willkommen!!

gez. Stefan Steinwurf



RÄDELSFÜHRER

Der Senator für Justiz

BERLIN

Senator für Justiz
1 Berlin 62 (Schöneberg), Salzburger Straße 21-25

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger !

Die für das Schicksal unserer Stadt Verantwortlichen wenden sich heute direkt an Sie, liebe Bürger.
Mit großer Sorge, aber tatenlos mußten wir zusehen, wie immer zahlreicher werdende Bücher, Zeitschriften und Filme, deren Inhalt eindeutig auf eine gewaltsame Veränderung unserer Gesellschaftsordnung abzielt, den deutschen Büchermarkt überschwemmen. Um dieser Flut Einhalt zu gebieten, wurde der § 88a geschaffen. Damit Sie ihn in seiner ganzen Aussagekraft und in voller Verantwortung zur Richtschnur Ihres staatsbürgerlichen Denkens und Handelns machen können, sei hier noch einmal auf die wesentlichen Aussagen dieses Gesetzeswerkes hingewiesen :

> Schriften, deren Inhalt geeignet ist, Gewalt zu befürworten, Sicherheit und Ordnung der BRD zu bedrohen oder deren öffentlichen Frieden zu stören; wer diese Schriften also "verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt... herstellt, bezieht, vorrätig hält", (also JEDER, DER in irgendeiner Art und Weise mit diesem Schriftstück in Berührung kommt oder es gar LIEST)
>
> " wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. "

Die juristische Handhabe, gegen gewaltbefürwortende Schriften vorzugehen, wurde somit vom Staat geschaffen. Sicher werden Sie verstehen, wenn wir diesen Paragraphen im allerweitesten Sinne auslegen. Da jedoch noch keine konkreten Richtlinien seiner Anwendung in Umlauf sind, fordern wir Sie auf - damit Sie sich in keinem Falle strafbar machen - die in Ihrem Besitz befindlichen Schriften, die möglicherweise unter den § 88 a fallen, zu unserer Überprüfung in den beigelegten Erhebungsbogen aufzulisten. Die Liste ist bis zum

15.1o.76 an folgende Adresse einzusenden:

Senator für Justiz
Salzburger Str. 21
1 Berlin 62

Als Entscheidungshilfe für die Erstellung der Liste seien hier einige Beispiele gewaltbefürwortender Schriften aufgeführt:

> H.Böll: Katharina Blum; B.Brecht: Gesammelte Werke ; F.Schiller: Die Räuber; Robin Hood, Rächer der Enterbten; Hemmingway: Wem die Stunde schlägt; M.Frisch Biedermann und die Brandstifter; Till Eulenspiegel: aus dem Volksmund.

Bei etwaigen Nachfragen stehen wir Ihnen ab sofort unter der Telefonnummer 885 3o 41 zur Verfügung. Sie werden in Ihrem eigenen Interesse verstehen müssen, daß Ihre Angaben von unserer Seite überprüft werden. Zu diesem Zwecke wird Sie in nächster Zeit einer unserer Kontaktbereichsbeamter aufsuchen.

In unseren Bemühungen bei der systematischen Vernichtung gewaltbefürwortender Schriften kommen Sie uns entgegen, wenn Sie gelegentlich einen prüfenden Blick in den Bücherschrank Ihres Nachbarns werfen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

I. A.
(Prof. Dr. Baumann)

ROHRKREPIERER? ZUGABE!? 88a: PFLUG ODER SÄGEN?

Wir fanden es unheimlich gut,daß hier endlich mal jemand aufgehört hat,immer nur von der Repression zu reden,und eine Aktion dagegen zu machen versucht hat.Deshalb wollten wir auch klar da mitmachen.Mit dem Flugblatt konkret bekamen wir dann aber folgende Probleme:

-Bekanntermaßen richtet sich der §88 a gegen die "Verherrlichung" linker "Gewalt".So differenziert steht es da nicht,ist es aber,wie wie wir alle wissen.Kung Fu, die Landserromane, und die 'Geschichte der O.' fallen da nicht darunter.Davon sind wir immer auch ausgegangen.Das Flugblatt brachte die Differenz nicht zur Sprache,sondern setzte Schillers Räuber und Till Eulenspiegel mit dem gleich,was die mit 'linker Gewalt' meinen
Das war dann auch ein wesentlicher Grund,warum wir dann doch nicht mehr bei der Aktion mit gemacht haben:
die Gewalt,gegen die sich der 88a richten soll, wird denen,an die sich das Flugblatt wandte, immer in bestimmter Weise vermittelt.Die Presse und das Fernsehen zeigen die'Frankfurter Unruhen', die Mollies, die langhaarigen Anarchisten, die Kaputtmacher' und unterschlägt die Inhalte unserer Aktionen.Daß es uns da immer um Widerstand gegen was ganz bestimmtes geht.Was ihnen da erzählt wird, das ist es dann, was die Leute mit Gewalt assoziieren. Das zu verbieten, dafür sind sie auch.Das Flugblatt hätte versuchen müssen, gerade die Inhalte zu vermitteln, um dies uns da geht. Es hat viel eher in Richtung der oben genannten Gleichmacheri gewirkt;es hat abstrakt von Gewalt geredet, und hat v.a. auch noch den Eindruck erweckt, daß wir Befürworter von Gewalt schlechthin seien, die Staatsmacht für Gewaltlosigkeit stünde.Komische Fronten,was? Deshalb befürchteten wir,daß es nach hinten losgehen würde.
-Wir hatten den Eindruck, daß mit dem Flugblatt eine gemeinsame Betroffenheit zwischen den Bürgern und uns erst hergestellt werden sollte.Klar ist aber doch auch,daß diese Betrofenheit an dem Punkt denen und uns nicht gemeinsam ist.Also:kein Angestellter wird das Info lesen, auch nicht das'Blatt', oder gar den 'Revolutionären Zorn'.So war unserer Meinung nach im Flugblatt direkt angelegt, daß die Leute, die es dann auch gelesen haben, merken, mußten, daß sie da nichts mit uns gemeinsam haben.
Wir hätten es besser gefunden,wenn wir darüber etwas hätten sagen können, wo die Zensur (auch die Selbst-Zensur der Berichte-Macher im Fernsehen) auch sie betrifft:wo Fernsehberichte, Zeitungsberichte zuSeveso, zum §218, zu Whyl, zu Bürgerinitiativen,usw.nicht mehr geschrieben oder gesendet werden.Selektierte Informationen - da sind Gemeinsamkeiten. Das Flugblatt lenkte an diesem Punkt unserer Meinung nach sogar ab von gemeinsamer Betroffenheit.
-Darüberhinaus fanden wir, daß diese (nicht) hergestellte Gemeinsamkeit auch noch unsere Interesssen, gegen den 88a was zu machen,völlig unterschlug.Denn die Liste der Bücher enthielt eben kein Info, keinen Regis Debray,kein RAF-Buch und kein'Blatt'.Wir haben keine Lust mehr, unsere Bedürfnisse weiterhin - weder in 'aufklärerischen'Demos, noch in Aktionen,die sich ausschließlich an dem Kriterium der Vermittelbarkeit orientieren -unsere Bedürfnisse weiterhin hinter denen der'Bevölkerung' zu verstecken.Das hat uns bisher immmer mehr gehandicapt als genützt.Deshalb hätten wir es unheimlich wichtig gefunden, im Flugblatt zu schreiben, was jetzt wirklich schon alles verboten ist.Wir haben es nicht mehr nötig (leider) zu übertreiben, zu überspitzen, Till Eulenspiegel heranzuziehen.Unsere Publikationen sind schon oft genug eingezogen worden.

Das waren so wohl für uns die wichtigsten Gründe,dann doch nicht mitzumachen.Andere Argumente dagegen, die aber auch nicht(wie die bisher genannten) von alllen geteilt wurden, waren:
-daß die Form des Flugblatts,also,daß es sehr ernsthaft als Senatsflugblatt wirkte, nur einschüchternd, bestenfalls verarschend)und zwar die Leser) sei
-Daß der'Denunziationsaufruf'dem Nachbarn mal in den Schrank zu gucken,in dem Zusammenhang bei den Leuten nicht als Horrorgedanke, sondern als positive Aufforderung zu verstehen sein mochte, das Flugblatt also auch an dem Punkt sich gegen uns selbst zu richten drohte.

Also:beim nächstenmal sind wir hoffentlich wieder dabei.

Im INFO 122 wurde ein schowinistischer Maulwurf geschlachtet.
Motiv: FRAUENKALENDER

Stellungnahme der Frauen bei Gegendruck zur Auseinandersetzung "Frauenkalender 77"

In der Frauenzeitung 11/12 haben wir auf der letzten Seite einen kurzen Artikel geschrieben, in dem wir behauptet haben, der neue Frauenkalender aus Berlin erscheint im S. Fischer - Verlag. DAS STIMMT NICHT.
Wie uns die Frauen des Berliner Redaktionskollektivs mitgeteilt haben, erscheint er auch weiterhin im Frauenselbstverlag. Wir werden darum selbstverständlich keinen eigenen Kalender herausgeben.
Das Mißverständnis entstand, weil ein Vertreter des S. Fischer- Verlages den Kalender 77 im Politischen Buchladen in Bochum anbot. Da ja bekanntlich "Der kleine Unterschied" von Alice in diesem Verlag erschienen ist, war unsere Vermutung, der Kalender erscheint jetzt halt auch da, wohl auch nicht so abwegig.
ABER: Der Kalender wird über den bürgerlichen Vertrieb KOCH NEFF OETTINGER ausgeliefert, wie uns die Berliner Frauen selbst mitteilten. Hier schließen wir uns der Meinung der Frauen des VLB (Verband des linken Buchhandels) an: DAS FINDEN WIR GENAU SO BESCHISSEN WIE BEI BÜRGERLICHEN VERLAGEN DRUCKEN ZU LASSEN.

Es gibt einen Haufen Alternativprojekte, Buchkäden, Vertriebe, Verlage und Druckereien, die von Linken aufgebaut worden sind, und die durch dieses Verhalten systematisch kaputt gemacht werden. Und wenn sich die Frauen schon nicht mehr als linke Frauen sondern als Frauen (? Na ja) begreifen: ES GIBT IN BERLIN AUCH EINEN FRAUENVERTRIEB. Was is'n mit dem?
Wir fordern die Frauen, die den neuen Kalender machen auf, mal öffentlich in der Frauenbewegung zu verkleckern, warum sie bürgerliche Einrichtungen in Anspruch nehmen, wenn's auch anders geht --- und das Buch von Alice geflossen sind. Oder ist das Privatsache?
Wir möchten uns in aller Form bei den Frauen entschuldigen. (Was sicherlich notwendig ist, da sie uns bereits mit ihrer Rechtsanwältin gedroht haben und vielleicht Konsequenzen ziehen: uns nämlich 'ne Klage wegen Verleumdung und Geschäftsschädigung anhängen). Solche Praktiken finden wir ... na ja, is ja wurscht ... Also, nix für ungut, hat uns sehr gefreut.
Wir kaufen den neuen Kalender jedenfalls nicht...

P S Wir warten immer noch auf die Klärung des Vertriebsproblems durch das Redaktionskollektiv des Frauenkalenders. Wir finden es richtig, wenn die Frauengruppen und linken Buchkäden und Vertriebe mal erfahren, warum dieser Vertriebsweg gewählt wurde und was der Vertrag mit K N Ö beinhaltet.

Also, jetzt muß ich (Frau) doch mal zur Schreibmaschine greifen und meine Gedanken beitragen zu den Artikeln vom Maulwurf-Buchvertrieb und zum SPD- Ton Steine Scherben Wahlkampf.
Was mich an beiden Artikeln beschäftigt ist die Sache mit dem Geld. Ich finde, der Schreiber (TSS Artikel) hat Recht, wenn er meint, daß auch und gerade Alternativ-Projekte der Gegenökonomie und Gegenkultur die dicke Knete so eines Auftrags an Land ziehen sollten, denn mit Luft, Liebe und gutem Willen alleine kann man/frau nichts aufbauen. Aber die Gefahr, daß man/frau dem Auftraggeber in den Arsch kriecht, um an die Möpse zu kommen und dabei das Gesicht verliert, ist ziemlich realistisch. Deshalb ist es für alle Projekte der Gegenökonomie dringend notwendig, die Finanzen und alles was damit zusammenhängt einer breiten Öffentlichkeit einsichtig zu machen.(wies z.B.im Spektrum geschieht) Das ist meiner Meinung nach die einzige Methode, sich nicht korrumpieren zu lassen durch den bürgerlichen Geldsegen, auf den wir allerdings durchaus einen Anspruch haben. Und diese Nicht-Öffentlichkeit der Geldbeschaffungsmittel stört mich bei den meisten alternativen Projekten.
Wo kommt das Geld her? Womit bekommt man es? Wo geht das Geld (Überschüsse) hin?

Der Maulwurf-Artikel ist mir da auch ziemlich unklar. Klar ist mir, daß die Frauen-Kalendergruppe ihr Geld braucht, um weiterarbeiten zu können. Wieso habt ihr Maulwürfe das Geld nicht, das ihr durch den Vertrieb des Frauenkalenders reinbekommen habt ? Wieso müßt ihr plötzlich 15000 DM zurückzahlen? Der Kalender ist doch schon Anfang des Jahres verkauft worden? Mir fehlen einfach die Informationen. Vielleicht könnt ihr die mal nachreichen. Wir haben nämlich selber vor, eine Werkstatt aufzumachen (im Wedding) und überlegen, wie wir solche Schwierigkeiten vermeiden können. Ist nicht deshalb so wenig Zusammenarbeit unter den alternativen Projekten, weil jeder die Geldangelegenheiten vertuscht nach dem Motto: Übel Gerd splicht man nicht. Aber gerade weil Geld so eine schmutzige kapitalistische Angelegenheit ist, müssen wir alles, was damit zu tun hat offen auf den Tisch legen, für jeden kritisierbar, sonst schleichen sich die Geldbeziehungen wieder zum Hintertürchen herein.
Ist es nicht richtig und notwendig, daß wir alle Hähne anzapfen und Möglichkeiten ausschöpfen zum Aufbau unserer Gegenökonomie, wenn 1. unsere Energie davon nicht total erschöpft wird, 2. unsere Methode (unsere Umgangs- Beziehungsformen), 3. unser Ziel nicht beeinträchtigt wird ????????
Damit wir uns nicht selbst verlieren auf dem langen Marsch in die andere Gesellschaft, müssen wir von allen anderen kontrolliert und kritisiert werden können. Wir müssen versuchen, die totale Öffentlichkeit herzustellen, um das Mißtrauen zwischen uns auszumerzen. Warum schreibt ihr von den Projekten nicht mal was bei euch so läuft (ich denke da ans Frauenzentrum, Frauenbuchladen, Frauenkneipe, Frauenzeitung, Anti-Brigitte, Handwerkskollektive, Werkstätten usw.)
ES SCHWIRREN GERÜCHTE HERUM, daß DIE BEWEGUNG VERMARKTET WERDEN SOLL, STIMMT DAS ? Mit Euren Berichten könnt ihr uns helfen eure Fehler zu vermeiden und als Konsument hätte ich ein besserers Gefühl, wenn es mehr Informationen geben würde.
Kann ich nun den Frauenkalender oder die nächste Ton-Steine-Scherben-Platte kaufen oder nicht ? Zumindest könnten die angesprochenen Gruppen mal Stellung beziehen zu den Kritiken im INFO 122. Kritik ist verdammt wichtig, wenn wir was Neues wollen und noch in der alten Kacke sitzen, finde ich. scheunen gruß erna
ps. WOLLN WIR UNS NICHT SELBST VERLIEREN MÜSSEN WIR UNS KRITISIEREN !! (solidarisch natürlich)

ACHTUNG AN DIE REDAKTION DER ZEITUNG "RADIKAL"!

Folgende Artikel können wir Euch zum Nachdruck sehr empfehlen.
Seite 7: Bericht von der Frankfurter Buchmesse ,
Seite 8: Portugal, Soares will Landkooperativen räumen.

Der Prokla- Artikel unterliegt dem bürgerlichen Copyright, so daß Ihr da weitere Nachforschungen anstellen müßt.

SCHWEIGER LENZ
„Die Welt verstehen . . .

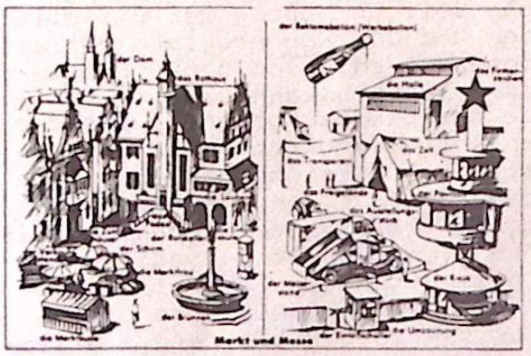
MODELL-KÄMPFER GRASS
„Auf der Summe meiner Arbeit"

Schrecken erregten Wörter zur Frankfurter Buchmesse

MESSESTÄNDE IN FRANKFURT
Supermarkt für Literatur

„Er ist der Leser, der nicht sucht, und soll doch finden."

Wer auf der heiligen Messe alle Neuerscheinungen kaufen wollte, hätte über eine Million Mark ausgeben müssen, und auch die, die sich inmitten von 43649 neuen Titeln als Zirkulationsanarchisten oder Schaulustige von der Bücher-Hökerei nun nicht gerade beherrschen ließen, waren bestimmt froh, als dieser Warenzirkus vorbei war.



Und der Trend zum Buch zeigt weiter aufwärts: „Je größer die Zahl der Bücher im Haushalt", erkannte Demoskop Gerhard Schmidtchen in einer Analyse über Lesegewohnheiten, „desto stärker die Motivation, noch mehr Bücher anzuschaffen."

Eine Genossin aus Karlsruhe (!) schrieb jetzt ans INFO: "Ich hab ne Mordswut im Bauch! Ich war in Frankfurt auf der Messe, vor allem wegen der 'linken' und wegen der Frauenverlage. Zuerst war ich beim Frauenkalenderselbstverlage und hab ne Frau angelacht und gefragt, was der Frauenkalender 77 kostet. Sie hat dann so komisch geschaut und ich hatte das Gefühl, sie müßte sich ein Lächeln so richtig abzwingen. Ich hatte eigentlich vor, mit den Frauen aus den Verlagen mal zu quatschen über ihre Arbeit und wie sie das alles machen, aber die saßen da hinter ihren Büchertischen und waren so richtig unfreundlich als ich mir die Bücher anschaute, daß ich alle Lust verloren hab. Ich bin dann zu den linken Verlagen, aber da wars auch nicht besser. Bei TRIKONT z.B. fragte ich, was das Buch "Operation Menschenfresser, Wie und warum wir Carrero Blanco hingerichtet haben-ein authentischer Bericht und Dokumente der ETA" kostet. Ich hab dann gehört: 15.-DM und als ich meinte, das sei wohl ziemlich viel (ich bin Lehrling) wurde ich auch noch doof angeguckt...Ich hab das Gefühl gekriegt, so arg unterscheiden sich die linken Verlage gar nicht mehr von so bürgerlichen."
Zum letzten Punkt in dem Leserbrief könnten sich die linken Verlage mal äußern, wenn sie lustig sind, auch auf die Gefahr hin, daß vieles vielleicht schon mal gesagt wurde: der Versuch alternativer Arbeitsformen stellt sich ja wohl tagtäglich immer wieder neu. (Zu den Schwierigkeiten bei diesem Versuch hat übrigens eine Genossin vom MERVE-Verlag einen unheimlich spannenden Beitrag geschrieben über die Wirklichkeit eines Verlagskollektivs. Der erscheint dort auch demnächst.)

Ich meine, es hat auf der Buchmesse einige gute Ansätze trotz allem gegeben, der dort versammelten herrschenden Öffentlichkeit eins überzubraten, und wenn diese Ansätze nur minimal waren, so sagt das weniger etwas über irgendeinen 'Verrat' der Linken aus sondern zeigt nur, daß wir unsere Inhalte noch zu schmalspurig, vorsichtig und phantasielos ausdrücken.

Einmal gab es ne Pressekonferenz des VLB, auf der versucht wurde, den schmalen Resten der liberalen Messe-Öffentlichkeit die Kriminalisierungsversuche des VLB und die Fälle praktischer Zensur ausführlich klarzumachen. Zur Selbstzensur bei Luchterhand (siehe INFO 122) äußerte der betroffene Autor Regis Debray, der ja nun aufgrund seiner Beratertätigkeit für die frz.SP bei der internationalen Sozialdemokratie hoffähig geworden ist, seine Abscheu und seine Angst vor dem deutschen Staat.
Dem Luchterhand-Verlag wurde dann in einer aufsehenerregenden Aktion die folgende Ehrenurkunde mit einem Goldenen Maulkorb verliehen:

EHRENURKUNDE

In der soeben erschienenen deutschen Übersetzung des Romans ‚Der Einzelgänger' von Regis Debray befindet sich auf Seite 59 ein weißer Fleck. Um möglichen mittels Sprengstoff durchgeführten Anschlägen gegen Bestand und Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland vorzubeugen, wurde potentiellen Attentätern dadurch die Möglichkeit genommen, dem Roman eine Anleitung für die Herstellung eines Sprengkörpers zu entnehmen. Mit dieser konsequenten und furchtlosen Anwendung des § 88a hat sich der *Hermann Luchterhand Verlag* um die Selbstzensur in der BRD verdient gemacht. In Anerkennung dieser beispielgebenden Leistung zeichnet ihn der Verband des linken Buchhandels (VLB) mit dem *Goldenen Maulkorb 1976* aus.

Frankfurt am Main, den 17. September 1976

Das BÖRSENBLATT für den dtsch. Buchhandel deklarierte daraufhin die Spontis gequält zur Mitgliederpartei:

Börsenblatt-Extra

"Gedränge bei Luchterhand. Der Goldene Maulkorb wird vergeben. Die, die ihn vergeben, nennen sich Frankfurter Sponties (kommt's von sponsern, kommt's von spontan, Antwort: unbekannt). Die Sponties begründen die Verleihung des Goldenen Maulkorbs (tatsächlich gab es da einen goldenen Maulkorb) in einer "Laudatio auf Luchterhand":

"Gut ein halbes Jahr nach der Verabschiedung zeigt der § 88a, StGB, der die 'verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten' mit Gefängnis oder Geldstrafen bedroht, eine beachtliche Objektivation. Sie besteht in dem Fehlen folgender Dialogpassage in der deutschen Übersetzung des Romans "Der Einzelgänger" von Regis Debray.:
"Ich weiß: Man öffne das Rezeptbuch der

Nach gemachten Erfahrungen müssen wir besorgt sein, was geschieht, wenn unsere Verleger, mit denen wir leidlich befreundet sind, eines Tages nicht mehr wollen, können oder dürfen. (G.GRASS)

. . . und auf dem Laufenden sein

Revolution, Seite 13, linke Spalte. Man nehme drei viertel Eisenoxyd, ein Teil Aluminiumpulver; mischen, komprimieren, mit Alkohol anfeuchten und an der frischen Luft trocknen lassen. Unterdessen zerstoße man in einer zweiten Schüssel Pottaschen-Nitrat, Schwefel und Sägespäne um das Ganze abzurunden. Man serviere es gekühlt und entferne sich im Laufschritt. Empfindlich gegenüber der Ironie anderer zwingt sich Armando ein gequältes Lächeln ab."

Selbstzensur nennen das die Sponties. Auseinandersetzung mit der Justiz hätte man gescheut. Und keck heißt es zum Schluß: "Weiteren Bereicherungen der Feuilletonspalten um Fälle von Zensur und Selbstzensur können wir mit Spannung entgegensehen".

Luchterhand-Stand ist verstopft. Immer mehr Menschen drängeln vom Lärm angelockt in die Passage. Vorne am Eingang sieht niemand mehr, um was es da eigentlich geht. Ein Herr vom nahe gelegenen Beltz und Gelberg-Stand: "Da hören die Leute was und schon laufen sie hin." Ein kleiner dicklicher Fotograf löst sich schwitzend aud der Menge: "Ich komm einfach nicht hin, ich komm nicht hin!" Walter Eibener, Mitglied der Frankfurter Sponties: "Luchterhand hat den Preis angenommen, die haben uns sogar Schnaps spendiert!"

BUCHMESSE:

Ein weiterer Messe-Akt stammte von den "Bockenheimer Realsurrealisten": Ein Plakat, das den Fahndungsplakaten entspricht, in denen 700000 DM Belohnung für die Ergreifung "anarchistischer Gewalttäter" versprochen werden. Ein richterlicher Beschluß, aufgrund dessen das Plakat in den Frankfurter Läden beschlagnahmt wurde, bestätigte dies: " Das Plakat erweckt nach Größe und Aufmachung den Anschein eines amtlichen Fahndungsplakats." Die auf dem Plakat Gesuchten: z.B. Rosa Luxemburg wegen Verherrlichung von Gewalt und Wehrkraftzersetzung, Thomas Müntzer wegen Volksverhetzung, Nötigung einer Landesregierung, Georg Büchner wegen Billigung von Gewalt, öffentliche Aufforderung von Straftaten, Andreas Hofer wegen Waffenschmuggel, Sprengstoffvergehen und andere Freiheitskämpfer. Mit dem amtlichen Bild gemein hat das Plakat die Suche nach 'Carlos', dessen Bild durch ein Foto des ehemaligen BND-Chefs Gehlen ersetzt wurde. Der Richter eröffnete erst einmal ein Verfahren gegen "die angebliche Vereinigung Realssurrealistenches Bockenheim, weil der dringende Verdacht besteht, daß sich Hersteller und Verteiler einer Amtsanmaßung schuldig gemacht haben". bin jetzt messemüde, und eh ichs vergesse, die messe in hesse: much stresse.
ein polbuchbrother.

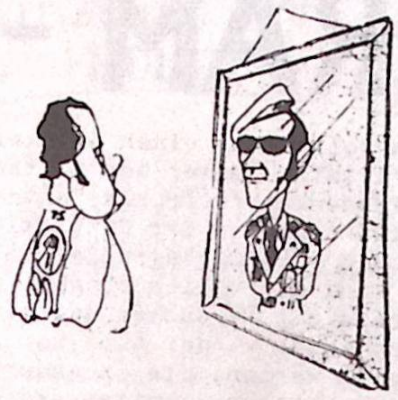
Portugal:

Soares will Landkooperativen räumen lassen

Am 21.September beschloss das portugiesische Kabinett unter Vorsitz von Mario Soares die Räumung der"illegal" besetzten Landgüter. Die Räumung soll ab Montag den 27.September stattfinden und 101 Kooperativen betreffen. Welche Kooperativen davon betroffen werden ist uns noch nicht bekannt.
Als Gründe für dieses Vorgehen, was der bisherigen sozialdemokratischen Strategie zu widersprechen scheint (die PS wollte seither die Kooperativen v.a. über die Kreditvergabe "kalt" integrieren: da die Kooperativen von günstigen Krediten abhängig sind, hätten sie langfristig auch die daran geknüpften Bedingungen (z.B. Anbau, Arbeitseffektivität, etc.) akzeptieren müssen - unter der jetzigen politischen Situation jedenfalls):
- Eine große Rolle spielt die Absicht der PS, mit Portugal in die EG zu kommen. KP-geführte oder autonome Landkooperativen sind innerhalb des EG-Agrarmarktes schlecht denkbar. Soares ist zunehmendem Druck von seinen "Partnern" ausgesetzt, zu zeigen, daß er auch im Süden - wo die meisten bestetzen Güter sind - Herr im Hause ist Das um so mehr, als die EG-Staaten ihr Interesse an Portugal erst einmal verloren haben.
- Die geplante Aktion kann als exemplarische verstanden werden um den Schwesterparteien (v.a. SPD) den Willen zur Abgrenzung von Kommunisten und Linksradikalen zu demonstrieren (die SPD hatte dies wiederholt von Soares gefordert).
Nicht unwichtig auch, daß Kooperativen einfacher zu Räumen sind, als selbstverwaltete Fabriken (Fabriken haben noch Stadtteil drumrum und eine viel größere Zahl von Arbeitern(in)n(en).)
- Als Hintergrund gilt das Agrarreformgesetz vom Juli 1975, wonach Ländereien nur ab einer bestimmten Größe enteignet werden können.
Die Landgüter werden nach einem Punktesystem eingeteilt, das sowohl Größe als auch Bodenbeschaffenheit berücksichtigt:
Ab 50.000 Punkten können Landgüter enteignet werden.
50.000 Punkte entsprechen z.B. bei normalem bewässertem Land 50 Hektar, bei unbewässertem Land 350 ha, bei besonders fruchtbaren Böden ab 1o ha und in besonders unfruchtbaren Gegenden auch über 1.000 ha.
Daraus wird ersichtlich, daß es ziemlich unsicher ist, welche Kooperativen von einer Räumung betroffen sind.

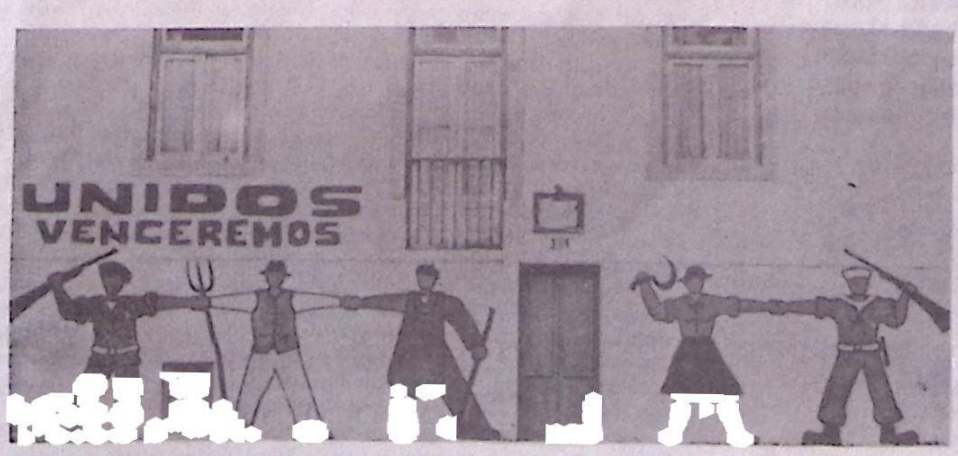
Es gibt in Portugal augenblicklich 450 Landkooperativen, auf denen 25.000 Landarbeiter arbeiten.
Seit den Landbesetzungen ist die Anbaufläche in Portugal um 20% gestiegen, außerdem gab es dieses Jahr eine sehr gute Getreideernte.
Unter das Agrarreformgesetz fallen 1,5 Mill. ha, wovon allerdings bisher ein Drittel noch gar nicht enteignet ist. Die reaktionäreBauernvereinigung CAP konnte dies v.a. im Norden bisher verhindern.Die Landarbeitergewerkschaft argumentiert deshalb, daß sie einer Räumung der nicht unter das Agrarreformgesetz fallenden Güter erst dann zustimmen würde, wenn auch dieses Drittel enteignet ist. Die CAP will den umgekehrten Weg,d.h. zuerst die Rückgabe des "illegal" besetzten Landes; daß dann die Enteignung des Drittels Land erfolgen wird, das nach dem Agrarreformgesetz möglich wäre, ist nicht zu erwarten.

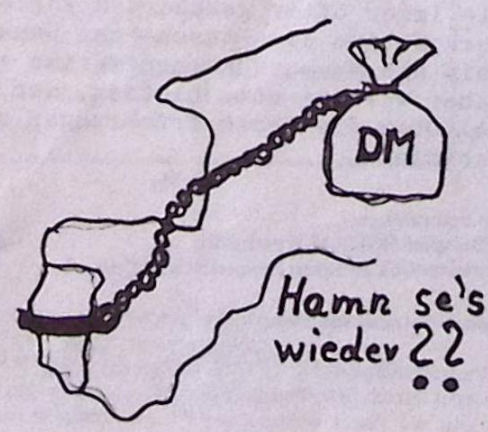
Im Alentejo schlossen sich Kooperativen zu regionalen Einheiten zusammen. Hierzu wurden "Leitungskommissionen" gebildet, die von den jeweiligen Arbeiterkommissionen der Kooperativen, gewählt worden waren. Praktisch beherrscht aber die Landarbeitergewerkschaft diese "Leitungskommission".
Die unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen der einzelnen Kooperativen, die in den regionalen Einheiten zusammengefaßt sind, führte zu Konflikten zwischen einzelnen Kooperativen und d Leitungskommission. Viele Landarbeiter protestierten gegen die Führer der Landarbeitergewerkschaften, die sie als "neue Herren" ansahen. Einige Kooperativen spalteten sich ab und forderten selbstverwaltete Kooperativen. Die PS versucht natürlich diese Konflikte auszunützen und die starke Basis der PCP im Alentejo zu spalten.
Die von der PCP beherrschte Landarbeitergewerkschaft scheint der Räumung der "illegalen" Landgüter nicht viel entgegenzusetzen. Inwieweit die betroffenen Landarbeiter eine Räumung widerstandslos hinnehmen werden, ist eine andere Frage.
Auf Regierungsseite scheint man sich zumindest auf Widerstand vorzubereiten. So ist der Einsatz der Nationalgarde GNR, sowie im Bedarfsfalle von Milltär zur Räumung schon eingeplant. In einigen rechten Zeitungen wird allerdings die "Einsatzbereitschaft" der GNR angezweifelt. Am 17.9. wurde auf einer Versammlung im Präsidentenpalast, an der der Präsident, der Premierminister, der Landwirtschaftsminister, der Innen- und Verteidigungsminister, sowie der Generalstabschef und der Kommandant der Militärregion Lissabon teilnahmen,die Intervention des Militärs Im "Bedarfsfall" beschlossen.



- Am 12. Dezember sind in Portugal Kommunalwahlen. Die PS hat Angst den Norden völlig zu verlieren - an die Rechten. Da im Norden die Agrarreform vor allem von der CAP unter starkem Beschuß steht, und zu befürchten ist, daß die überwiegend kleinbäuerliche Bevölkerung dieser Agitation folgt, deshalb muß die PS sich als rechts profilieren.
Im gleichen Zusammenhang ist der Umstand zu sehen, daß am 1o.Oktober in Rio Mayor eine Großveranstaltung der rechten Bauern geplant ist(diese Veranstaltungen haben schon Tradition- sie waren meist Auftakt für großangelegten Kampagnen der Rechten).
-Eine , wenn auch schwer abzuschätzende Rolle spielt auch folgendes: die Kooperativen organisieren immer mehr einen direkten Verkauf ihrer Produkte in den Städeten. So hat zB die Kooperativenvereinigung des Ribatejos(dazu gehört Torre Bela)einen täglichen Markt in den Räumen der besetzten Fabrik Climatec eingerichtet. Da bei der Ausschaltung des Zwischenhandels die Bauern viel besser abschneiden, ist dies auch für die Kleinbauern der Umgebung recht attraktiv. Der wachsenden Popularität dieser Möglichkeiten muß die PS entgegenwirken.
Viele von uns haben auf Landkooperativen gearbeitet und sich mit den Ansätzen alternativer Arbeits- und Lebensorganisation solidarisiert. Andererseits wissen wir, wer hinter dieser Politik der PS steht, nämlich- so platt es auch klingen mag- der Druck der EG und der internationalen Sozialdemokratie, allen voran die SPD.
Nächsten Samstag werden Schmidt und Brandt in der Eissporthalle um 16 Uhr ihren Wahlkampf beenden.
Ei, Ei.....

PSG





OSRAM - EIN LICHTLEIN BRENNT...

Im folgenden wollen wir einen Artikel abdrucken, den wir der letzten Nummer der Zeitschrift "Probleme des Klassenkampfs(Prokla)"entnommen haben. Er beschäftigt sich mit der Entwicklung der Politik der OSRAM - Betriebsgruppe. Anlaß für diesen Abdruck sind die vielen Fragen, die heute im Zusammenhang mit Versuchen der betrieblichen Mobilisierung immer wieder auch von solchen Genossen gestellt werden, die in anderen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten und organisiert sind. Wir haben in den letzten Jahren viel von einem gesellschaftlich-politischen Roll-back in Richtung einer Entwicklung neuer konservativer Verhaltensweisen bei breiten Schichten der Bevölkerung - insbesondere bei Jugendlichen in Schulen und Betrieben - gehört. Andererseits hat es gerade im Sommer 73 einen gewissen Höhepunkt des Abwehrkampfes gegen ökonomische Unterdrückung auf betrieblicher Ebene gegeben. Seitdem hatten es die verschiedenen betrieblichen Initiativen wegen der zunehmenden Krisenerscheinungen, Arbeitslosigkeit etc besonders schwer, ihren Anspruch aufrechtzuerhalten. Es hat dann 1975 Betriebsratswahlen gegeben, in deren Verlauf linken Alternativlisten zwar zum Teil große Einbrüche in solche Bereiche,gelungen ist, die sich bis dahin regelmäßig an der Politik der DGB-Apparate orientiert hatten. Oftmals sind aber gerade in jener Phase betriebliche Auseinandersetzungen, Krise und Massenarbeitslosigkeit dazu genutzt worden, um aufsässige und radikalere, über die Politik des DGB hinausweisende Initiativen und ganze Vertretungskörper aus den Betrieben rauszusäubern. Wie heute die Lage an der "Betriebsfront" einzuschätzen ist, bleibt unklar. Liest man die ML-Blätter, so hat man den Eindruck, als sei die gegenwärtige Phase geradezu gekennzeichnet von Massenaufständen gegen "Krise, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit." Schaut man sich in anderen weniger sprachgewaltigen bzw. - gewalttätigen Zeitungen um (z.B. links, express), so hat man eher den Eindruck, daß es den Linken keineswegs gelingt, die Hintergründe der Krise so ohne weiteres zu verdeutlichen und eine neue Phase der Radikalisierung einzuleiten. Da sich "unsere" Betriebsgruppen, was die öffentlich zugängliche Einschätzung ihrer eigenen Lage angeht, eiserne Zurückhaltung auferlegt haben, das was sich in deren Bereichen abspielt aber gleichwohl von großer Bedeutung für alle Initiativen in den anderen Bereichen ist(man denke nur an die immer öfter geäußerten Forderungen, die Perspektive der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit als etwas Wünschenswertes zu vermitteln) haben wir uns entschlossen, den Prokla-Artikel über die Osram-Erfahrungen zu vergesellschaften.

*

Autorenkollektiv*
Am Beispiel OSRAM-Westberlin
– Betriebspolitik zwischen Prosperität und Krise –

1. TEIL

Ein neuer Vertrauensleutekörper wird gewählt

Die Vertrauensleutewahlen 1973 fanden im OSRAM-Werk Spandau nicht wie in anderen Metall-Betrieben im Frühjahr, sondern wegen des Umzugs in ein neues Werk und den damit verbundenen Veränderungen in den Abteilungen erst am 5. und 6. November statt. Die Situation im Werk war damals völlig anders als heute (1975):

* Der Artikel wurde auf der Basis von Gesprächen mit Kollegen von OSRAM-Westberlin verfaßt.

1. Die allgemeine wirtschaftliche Lage war noch ungetrübt von Auftrags- und Arbeitsmangel. Die Produktion lief auf Hochtouren, ständig wurden neue Leute eingestellt, Überstunden waren auf der Tagensordnung, das Motto regierte: „Wir brauchen jede Lampe", und das besonders, weil nach dem Umzug noch nicht alles nach Wunsch lief. Trotzdem wurden selbst nötige Reparaturen möglichst lange hinausgezögert, um kurzfristig höhere Stückzahlen zu erzielen. Neue Gruppenschichten wurden aufgebaut, bis an fast allen Fertigungslinien in Wechselschicht gearbeitet wurde.

2. Der 8,5% Abschluß vom Januar 73, die unmittelbar danach einsetzende Preis-Welle, die tägliche Erfahrung, daß OSRAM mehr Lampen brauchte als wir produzieren konnten, brachten im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch den Umzug Unzufriedenheit und steigende Kampfbereitschaft in der Belegschaft hervor.

Weder der alte Vertrauensleutekörper noch der Betriebsrat waren fähig oder auch nur willens, die Entwicklung aufzunehmen und eine offene Politik einzuleiten. Dabei lag die Zielrichtung dafür auf der Hand: für eine deutliche Korrektur des Tarifabschlusses, gegen die untragbaren Arbeitsbedingungen im neuen Werk. Da die mögliche Mobilisierung der Belegschaft durch die maßgeblichen Funktionäre nicht nur nicht unterstützt, sondern sogar hintertrieben wurde, wurden einzelne Kollegen und ein paar Vertrauensleute aktiv und sie fingen an, auf Betriebsversammlungen und in den Abteilungen für eine Teuerungszulage Stimmung zu machen. Nachdem auch OSRAM als einer der letzten Betriebe im Oktober 200,– DM zulegen mußte, wurden einige Wochen später in den wichtigsten Abteilungen die Kollegen zu gewerkschaftlichen Vertrauensleuten gewählt, die sich in der Kampagne hervorgetan hatten. Da außerdem alle Kollegen wählen durften und nicht, wie nach den Gewerkschaftsrichtlinien üblich, nur die Organisierten, wurden die gewählten Vertrauensleute mehr als „Sprecher ihrer Abteilung" verstanden denn als Verbindungsmann zwischen Gewerkschaftsorganisation und Basis. Erstmals wurden auch Ausländer gewählt: ein Viertel der neugewählten Vertrauensleute waren Türken, Griechen, Jugoslawien.

Bei der Vertrauensleutewahl 73 kamen zwei Tendenzen zum Ausdruck:
1. dem Betriebsrat, der seit mehreren Wahlperioden amtierte und durch die Ereignisse der letzten Zeit zunehmend der Belegschaft und ihren Bedürfnissen entfremdet war, junge, aktive Vertrauensleute entgegenzusetzen: „Wir brauchen einen starken Vertrauensleutekörper, um den Betriebsrat Dampf zu machen."
2. die Tendenz zur Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Kollegen. Da bei uns über 50% Ausländer, zumeist Türken, arbeiten, ist für jeden Versuch, die betriebliche und die gewerkschaftliche Arbeit in Richtung auf eine Stärkung der Kampfkraft, der Solidarität und des Klassenbewußtseins der Belegschaft zu organisieren, die Frage der Ausländer ein Kernproblem. Zusammen mit den deutschen Frauen machen die Ausländer die beschissensten, eintönigsten, nervtötendsten Arbeit am Band, im Akkord, in der Montage, an den Packtischen, in der stinkenden, atemraubenden chemischen Vorfertigung etc. Eine Minderheit, 10-15% meist deutsche Facharbeiter, haben als Einrichter oder in den Werkstätten einen besseren Job. Dennoch ist eine Solidarität unter den deutschen und ausländischen Bandarbeitern nicht selbstverständlich, geschweige denn zwischen Bandarbeitern und Einrichtern oder auch zwischen Frauen und Männern. Sie bilden sich heraus einzig auf dem Wege der Erkenntnis gemeinsamer elementarer Interessen isoliert – das heißt ohne Überwindung der Spaltung – nicht möglich ist.
Diese Erkenntnis und diese Erfahrung aber haben viele deutsche und ausländische Kollegen nach dem Umzug in das neue Werk gemacht: Einmal verschlechterte das neue Werk die Lage aller; auch der bisher besonders privilegierten Einrichter. Lärm, schlechte Belüftung, Zugluft, Gestank und das Gefühl, von der Außenwelt abgeschnitten in einem Gefängnis 8 Stunden zu ackern, das trifft jeden gleich. Und die Umorganisierung der Produktion, die steigende Arbeitshetze tragen zudem dazu bei, daß sich die Arbeitsbedingungen aller Kollegen und Gruppen einander annähern. Daneben machten die Beispiele der außertariflichen Lohnkämpfe im Sommer und Herbst 73 trotz der verzerrten Berichterstattung durch Presse und Fernsehen klar, daß durch solidarisches Handeln aller mehr rauszuholen war als durch delegierte Interessen-Vertretungen. Pierburg, Hella und vor allem Ford waren daneben Signale, die vor allem den Deutschen anzeigten, wieviel die Entschlossenheit gerade der Unterprivilegiertesten, der Frauen und Ausländer, vermag.

Es hatte sich also im Herbst 73 im Betrieb eindeutig etwas verändert, was sich besonders in einem veränderten Verhältnis zwischen Ausländern und Deutschen, zwischen Frauen und Männern, zwischen Bandarbeitern und Einrichtern niederschlug. Nicht verändert hatte sich der Betriebsratskörper. Die Betriebsratsspitze war seit mehreren Wahlperioden freigestellt. Das Gremium war über Listenwahl zusammengekommen. 1972 wurde den Kollegen erst vorgegaukelt, sie hätten eine echte Auswahl der Kandidaten durch Persönlichkeitswahl. Dann war aber plötzlich neben der IG Metall-Liste eine CDU-Liste aufgetaucht. Die Kollegen hatten nur noch die Wahl zwischen dem alten Betriebsrat, der sich wieder oben auf der Gewerkschaftsliste plaziert hatte, und einigen CDU-Einrichtern, denen sich als Betriebsräte eine Karriere in ihrer nicht gerade aus Arbeitervertretern bestehenden Partei eröffnete. Wer von den CDU-Leuten wollte, durfte sogar am Tage nach der Wahl für drei Monate rückwirkend in die IG-Metall eintreten. (Es ist bekannt, daß im Unterschied dazu linke Gewerkschaftler, die eine eigene Liste aufstellen, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden).

Die Tendenzen, die zur Abwahl einiger alter Vertrauensleute und zur Neuwahl von jüngeren und ausländischen Kollegen geführt hatten – Kritik am alten Betriebsrat, Solidarität, Kampfbereitschaft – waren alle gleichermaßen den Be-

triebsratsmitgliedern und ihren Anhängern im Vertrauensleutekörper zutieftst suspekt. Dementsprechend faßten sie von vornherein jede Auseinandersetzung als Machtkampf auf, wo es gilt, sich gegen das Vordringen der „Linken" und der Ausländer zu behaupten. Das führte aber gleichzeitig dazu, daß sich aus Vertretern dieser beiden Gruppen ein fester Kern bildete, der nun seinerseits das Vorgehen einzelner Vertrauensleute bei Abteilungskonflikten oder das Auftreten auf Versammlungen und Sitzungen vorher diskutierte und absprach. Was diese Kollegen untereinander einte, war der Wille, mit dem Vertrauensleuteköper ein Instrument aufzubauen, das in der Lage war, die Interessen und Forderungen der Kollegen aufzunehmen und der latenten Kampfbereitschaft durch breite Information, Diskussion und Organisation Wirksamkeit zu verschaffen. Dieses Konzept, so vage es war, beinhaltete jedoch konkrete Forderungen, die allesamt auf den Widerstand des Betriebsrates stießen: vor Kündigungen die betroffenen Kollegen und die zuständigen Vertrauensleute zu hören; alles, was nicht ausdrücklich der Geheimhaltungspflicht unterliegt, der Belegschaft mitzuteilen; allgemein: die Basis in alle Entscheidungsprozesse durch vorherige Information und Befragung einzubeziehen. Das war nun allerdings das Gegenteil der seit Jahr und Tag praktizierten Betriebsrats-Politik der „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit dem Unternehmer hinter verschlossenen Türen.

Die Situation der Türken im Betrieb verschlechtert sich, es kommt trotzdem zu Widerstandsaktionen

Die erste große Auseinandersetzung zwischen Betriebsrat und Vertrauensleuten fand statt, als der türkische Dolmetscher T. gefeuert, Polizei ins Werk geholt wurde und fünf weitere türkische Kollegen fristlos entlassen wurden. Bezeichnenderweise wurde die Entlassung des Dolmetschers und seine sofortige zwangsweise „Freistellung" von der Arbeit vom Personalbüro abgewickelt, während sich im Sitzungssaal nebenan der neugewählte Vertrauensleutekörper konstituierte und seine Leitung wählte. Die Betriebsratsmitglieder im Vertrauensleutekörper waren informiert, hatten der Kündigung bereits vorher zugestimmt, sagten aber davon keinen zu den Vertrauensleuten, weil klar war, daß diese eindeutig politische Maßregelung des Dolmetschers in der Halle erhebliche Unruhe verursachen würde und der Betriebsrat befürchten mußte, daß einige deutsche und türkische Vertrauensleute versuchen würden, den Widerstand gegen diese Entlassung zu organisieren. Schließlich hatte der Dolmetscher bei der Aufstellung von zwölf türkischen Kandidaten zur Vertrauensleutewahl eine wichtige Rolle gespielt, und er sollte auch mit den sieben gewählten Türken und einigen der jungen deutschen Vertrauensleute weiterhin zusammenarbeiten. Diese konnten sich nun erst in den Konflikt einschalten, als der Dolmetscher schon nicht mehr im Werk war, und die Sache war verloren, obwohl der Betriebsrat jetzt die ersten scharfen Angriffe auf seine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Werkleitung bei Kündigungen einstecken mußte. Zu der schweren Niederlage, zu der die Entlassung des Dolmetschers vor allem für die Türken wurde, hat T. allerdings durch sein Verhalten selber maßgeblich beigetragen. Er wandte sich an betriebsfremde Gruppen, die einen völlig verkrachten Streikversuch inszenierten und den Kollegen den deprimierenden Anblick bescherten, wie Polizei aus der Halle heraus Kollegen festnimmt und abführt, mit denen man jahrelang zusammengearbeitet hatte. (Eine gründliche Darstellung dieser Ereignisse findet sich in: *Prokla Nr. 11/12*, S. 273 ff. unter dem Titel „Die Trommel ruft – die Banner wehen" oder: „wie die KPD bei Osram streikte")

Die türkischen Kollegen, kurz vorher noch getragen von einem gestärkten Selbstbewußtsein und der Erfahrung multinationaler Solidarität, sahen sich plötzlich von Mißtrauen umgeben, sowohl von Seiten der Deutschen, als auch in ihren eigenen Reihen. Der eine traute dem anderen nicht mehr. Die reaktionäre Propaganda, die jetzt von Werkleitung und Betriebsrat einsetzte und geschickt „kommunistische Umtriebe" und die Gefahr eines „Türkenaufstands" an die Wand malte, hatte eine Verunsicherung gerade auch der türkischen Vertrauensleute zur Folge, die sich nicht mehr auf eine geschlossene Basis beziehen konnten. Einige deutsche Vertrauensleute und ihre damals von der Polizei festgenommenen und fristlos entlassenen Kollegen führten in der Folge einen mehr als eineinhalb Jahre dauernden Kleinkrieg mit Ausländerpolizei, Arbeitsamt, Arbeitsgericht und Strafgericht. Die Betriebsratsspitze war der Ansicht, daß noch viel zu wenige Türken festgenommen und entlassen worden wären. Durch die gerade zu der Zeit einsetzende „Ölkrise" und die parallel laufenden staatlichen und betrieblichen Maßnahmen wie Einreisestop für ausländische Arbeiter, Zuzugssperre und große Wohngebiete wie Kreuzberg, Neukölln, Moabit, Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis und Aufenthaltsgenehmigung bei arbeitslosen Ausländern, Einstellungsstop für Ausländer usw. vertieften sich die Angst und Verwirrung der türkischen Kollegen. Es war nicht möglich, eine vom Betrieb ausgehende Solidarität mit den Entlassenen zu organisieren. Es war auch kaum ein Kollege bereit, vor Gericht über den brutalen Polizeieinsatz seine Aussage zu machen und die des Widerstands gegen die Staatsgewalt angeklagten Kollegen zu entlasten. Dagegen versuchten die von der Firma bestellten Zeugen nach Kräften den Polizeieinsatz zu rechtfertigen. Dem Personalchef entschlüpfte dabei die klare Aussage: „Die Polizei war der verlängerte Arm des Arbeitgebers". Meister und Abteilungsleiter machten untertänige Aussagen nach dem Motto: wer festgenommen wird, hat auch Dreck am Stecken. Die zahlreich vorgeladenen Polizisten bestätigten, daß es ihr Auftrag gewesen sei, bei OSRAM wieder für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Vor dem Arbeitsgericht gewann ein Kollege, der völlig ahnungslos in die Sache hineingeraten war, mit Hilfe der IG Metall seinen Prozeß und mußte wieder eingestellt werden. Die übrigen Verfahren sind in zweiter Instanz immer noch anhängig. Vor dem Strafgericht schafte es eine Reihe von engagierten Anwälten, daß die Verfahren in zweiter Instanz eingestellt wurden, nachdem in erster Instanz Strafen wegen Hausfriedensbruchs, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung ergangen waren. Nur dem Dolmetscher wurde weiterhin angelastet, daß er das Werk nicht mehr hätte betreten dürfen. Es ist also weitgehend gelungen, wenigstens die Gefährdung der unmittelbar Betroffenen abzuwehren. Mehr war bei der vermasselten Situation nicht drin.

Daß es der Firma und der Polizei damals so leicht gemacht wurde, den Widerstand gegen die Entlassung des Dolmetschers zu brechen, war mit ein Grund dafür, daß in der Folge die Entlassungen ohne größere Schwierigkeiten über die Bühne gingen. Der andere Grund ist die inzwischen eingespielte Praxis im Betrieb, vorzugsweise Ausländer zu entlassen, die bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage keine andere Arbeit finden, die sobald ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld abgelaufen ist, keine neue Arbeitserlaubnis vom Arbeitsamt bekommen und denen schließlich von der Ausländerpolizei die Aufenthaltsgenehmigung entzogen wird. Dieses Zusammenspiel ist – und nicht etwa nur bei OSRAM oder in West-Berlin – die Reaktion von Unternehmen und Staat auf die in der bundesweiten Teuerungszulagen-Bewegung erkannte Gefahr der Solidarität zwischen ausländischen und deutschen Arbeitern. Dieser bewußte Spaltungsversuch hat sich als sehr wirksam erwiesen. Wer weiterhin versuchte, auch nur im Rahmen gewerkschaftlicher Solidarität sich für türkische Kollegen einzusetzen, geriet unweigerlich in Konflikt mit den Verfechtern rechter Gewerkschaftspolitik und wurde endgültig zum „Türkenfreund" und „Kommunisten" abgestempelt. Da sich außerdem jetzt herausstellte, daß die meisten der ausländischen Vertrauensleute den zugespitzten Konflikten nicht gewachsen waren und sich teilweise passiv verhielten, gerieten einige deutsche Vertrauensleute, die das aufzufangen versuchten, automatisch in die Rolle, stellvertretend die Interessen der Ausländer vertreten zu müssen. Auf der anderen Seite haben in zwei Fällen auch die Türken gezeigt, daß sie konkrete Verschlechterungen ihrer Arbeitsplatzsituation nicht ohne Widerstand hinnehmen. Einmal ging es um die geplante Verkürzung von Reinigungszeiten zugunsten der Produktionszeit in einer Abteilung, wo hauptsächlich Türken beschäftigt sind, die aber trotzdem einen deutschen Vertrauensmann gewählt hatten. Als Reaktion kam durch Initiative eines Vertrauensmannes eine Unterschriftensammlung für bezahlte Badepausen bei Arbeiten mit dem Lösungsmittel Butylacetat in Gang. Von Seiten der Werksleitung und des Betriebsrats wurde versucht, dem Vertrauensmann wegen der Unterschriftensammlung eine Störung des Betriebsfriedens anzuhängen. Auf einer Abteilungsversammlung verurteilte der Betriebsratsvorsitzende die Unterschriftensammlung und drohte gegenüber den Kollegen mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen – obwohl das Beschwerderecht der Arbeitnehmer (und dazu zählt auch das kollektive) im Betriebsverfassungsgesetz ausdrücklich aufgeführt ist (Betr. VG §§ 84, 85). Die türkische Betriebsrätin fungierte als Dolmetscherin des Betriebsratsvorsitzenden. Sie drohte ihren türkischen Landsleuten unverblümt an: Wenn ihr sowas nochmal unterschreibt, kriegt ihr sofort die Kündigung. Diese Einschüchterungsversuche hatten den gegenteiligen Effekt. Die Kollegen (deutsche, türkische, griechische und jugoslawische, Einrichter und Maschinenarbeiter, Frauen und Männer) machten klar: diese Forderung nach einer Badezeit war eine gemeinsame Forderung der Abteilung. Das entschlossene Auftreten zwang die Werksleitung endgültig, eine Betriebsvereinbarung über eine bezahlte Badezeit abzuschließen. Im anderen Fall mußten türkische Frauen, die wegen Maschinenstörung Ausfallzeiten hatten, auf Anregung des Betriebsratsvorsitzenden Reinigungsarbeiten im Pausenraum machen, anstatt wie bisher üblich diese seltene Gelegenheit zu Unterhaltungen nutzen zu können oder mal in Ruhe zu essen. In beiden Fällen richtete sich der Zorn der Kollegen hauptsächlich gegen den Betriebsrat, der in ihren Augen das Geschäft der Werksleitung betrieb. Das Ergebnis dieser beiden Vorfälle war, daß an einem Tag zwanzig Türken aus der Gewerkschaft austraten, darunter zwei türkische Vertrauensleute. Sie handelten aus spontaner Empörung heraus, ohne das Verhältnis IG-Metall – Betriebsrat – Vertrauensleutekörper zu durchschauen oder gar taktisch ausnutzen zu können. Das hat sich dann bei der Vorbereitung der Betriebsratswahl 1975 gerächt.

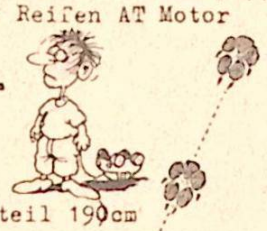
Da gibt es doch tatsächlich Leute, die behaupten Soviel Text könnten die Berliner Spontis nicht verkraften ...

FORTSETZUNG FOLGT UND FOLGT UND FOLGT

Kleinvieh macht auch Mist

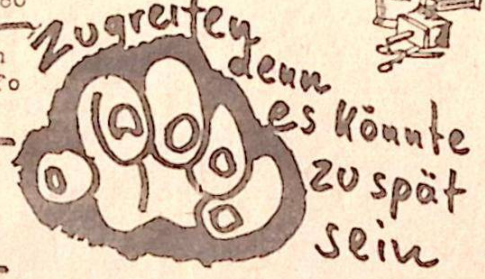
Hellblauer VW Kaefer 1300 mit SSD Radio TueV bis 9.77 zu verkaufen Karrosserie mit Rost, Reifen AT Motor Preis 400 Mark Tel: ~~758~~ 75 785 1494

Immer noch kostenlos abzugeben:
Birnen und Aepfel ausserdem
Wohnzimmerschrank, Nussbaum
203 x 160 x 54 cm
Polsterbelaege mit erhoehtem Kopfteil 190cm
Holzleiter mit 5 Stufen
Telefon 431 75 11 Manfred und Rainer



Cocker billig abzugeben
3 Jahre alt Kastrierter
junger Kater yu verschenken
Suche helle ZweiZimmer wohnung bis 150 DM
Wolfgang 6954880

Kefirpilze abzugeben
gegen Spende ans Info
625 79 46



Mitfahrgelegenheit
1.10 bis 4.10 Raum
Heidelberg und zu-
rueck sucht 7852816

wegen der grossen anfragen wurde von der jedermann zeitschrift nachbestellt::::::

juni ausgabe: mann*frau problematik
erfahrungsberichte von red. mitgliedern

juli: frauenbefreiung u. oekologie
frankfurter pfingstkongress

sept: wahlkrampf, recycling, maennergruppe
pro exemplar 1dm beim jedermann-vertrieb
berlin 817 38 18

verkaufe selbst gemachten Stereo hifi verstaerker
2 x 15 Watt sinus fuer 80,- Mark.
dazu Monacor-Equalizer (Klangregelteil)
halbes Jahr alt Neupreis 149 DM
auch fuer 80 Mark! Tel: 3935981

Frau (Erzieherin*Sozialarbeiterin*Paed.) gesucht fuer Betreuung einer (auszubauenden) Schueler AG bei 80 Std. Taetigkeit. 7617736

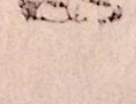
Suchen Kinder (moeglichst Maedchen) fuer Kinderladen, Alter etwa 4 Jahre. tel: 3958083

Kreuzberger Sonderprojekt sucht grossen abschliessbaren Schrank und Tisch Heike 6181557

lebensmittel coop

an alle
die anfangen ihr leben selbst zu organisieren
lasst uns beginnen: zB in puncto lebensmittel

-weg von den industrie (nahrungs-)giften
-weg von institutionen die durch den trend zu "naturbelassenen" lebensmitteln ihr bankkonto 'reform'ieren
-hin zu freien assoziationen der konsumenten deshalb grosseinkauf von 'ungiftiger nahrung' und sonstigen lebensmitteln direkt von der produktionsstaette
-bei entsprechender organisation kaum arbeitsaufwand.
vorteile: 1. bessere und billigere lebensmittel
2. neue kontakte
meldet euch bitte bis zum 1.1o.76 bei mir
ralf degner 817 38 18



Mein ♡ gehört dem INFO ...

Wir, das sind 10 Leute, fahren vom 2. bis ca. 12. Oktober nach Bingen zur Weinlese. Dort wollen wir uns ueber die Arbeit kennenlernen und fuer Alternativen praktische Ideen entwickeln. Wir suchen noch ein paar Leute (uebrigens Alternativprojekte sind nicht nur Maennersache!), die Interesse haben mitzukommen und weiter mit uns arbeiten wollen. - Das ist keine Ferien-Holliday-Urlaubs-Mitfahrgelegenheit! Ruft mal an: 886 57 13, Rainer od Volker

Dringend: Wer verkauft sehr billiges Fahrrad mit Anhaenger. 211 56 58 ab 17^{00} - Robert o. Hans

Ne Wohnung hamwer. Nu brauchen wer noch Gasboiler, Matratzen, Teppiche, nen Kuehlschrank, Staubsauger, evtl. Renovierungskram wie Farbreste Rauhfaser und so - alles geschenkt bis billig. Marianne 493 19 83 - Henrike 711 25 16

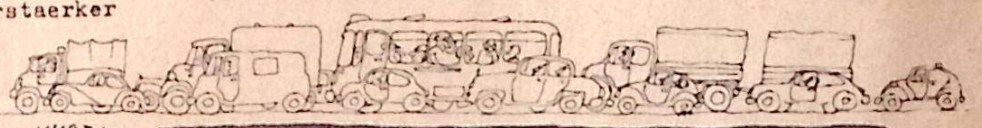
Sein oder nicht sein - Suche mehr als dringend Arbeit: Kneipe, Putzen, Tippen, usw. Marianne 493 19 83

Suche liebe Frau oder WG. Waerme und Kommunikation sind fuer mich verdammt wichtig. Christa 4931983

Wir ziehen auf's land...wer will noch mit ? wir suchen freundliche leute moeglichst mit kleinkindern ! wir haben alle etwas vor, setzen unabhaengigen, kreativen arbeitswillen voraus und erwarten faehigkeiten zum lieben. laila 6121123

Verkauf' n paar sehr gute lautsprecherboxen (selbstbau). Wolfgang 213 28 23

Spuelmaschine mit kaputtem Programmschalter fuer DM 50 abzuholen. Waldemarstr. 81



Baue Lautsprecherbuchsen nach Wunsch insbesondere Nachbau bekannter amerikanischer Firmen. Nur Materialpreis und Arbeitszeitvergütung! Tel: 3935981

Wir wollen Streifentheater machen, wer Lust hat soll mal anrufen 6257946

Alles Liebe an „Charlotte"

Suche Kleiderschrank 110 bis 120 cm breit

zu verkaufen Fischer Kunststoff Ski 180 cm
Stiefel Gr. 42
leider nicht benutzt Preis Verhandlungssache
Tel: 431 75 11 Manfred * Rainer

suche 1 oder 2 personen, um gemeinsam wbg. zu finden und darinnen 'leben'zu versuchen.

grundbedingung: aktive toleranz, geistige aufgeschlossenheit, gegenseitige hilfe. zu einem gespraech ruft verlangen oder nr. hinterlegen. 817 38 18

Auflage: 2.200
impressum: v.i.s.d.p. rosa levine ♡
1 bln 21, stephanstr. 60 // 3958083
redaktionsschluß freitag 18°° ~ kleinanzeigen bis sonntag 20°° ~ drucklegen: montag 17°°
druck: agit
SPENDEN: rep. club · kennwort info · bank für gemeinwirtschaft 1004704306 · bankleitzahl 10010071